



Kosovo Force (KFOR): Robuste Rückversicherung weiter wichtig

Im Juni 2019 jährt sich der KFOR-Einsatz zum 20. Mal. Zugleich haben die Spannungen zwischen Kosovo und Serbien zugenommen, vor allem durch die Debatte um einen Gebietstausch im Rahmen des geplanten Abkommens, das die nachbarschaftlichen Beziehungen abschließend regeln soll. Ein glaubwürdiges Zeichen der KFOR-Truppensteller, im Ernstfall eingreiffähig zu sein, ist deshalb weiterhin wichtig – um diesen Ernstfall zu vermeiden. Das weitere Engagement Deutschlands im Rahmen der KFOR ist ebenso notwendig wie das konsequente Engagement, den politischen Prozess zu einem Abschluss zu bringen, der den Frieden in der Region nachhaltig sichert.

Mandat und Aktivitäten

Die völkerrechtliche Grundlage für die NATO-geführte Kosovo Force (KFOR) bleibt [UN-Resolution 1244](#) vom 10. Juni 1999. Mit ihr mandatierte der Sicherheitsrat eine internationale zivile und militärische Präsenz im Kosovo. Als militärische Präsenz übernahm KFOR die Aufgabe, ein **sicheres Umfeld** zu gewährleisten. Dabei gab es durchaus Rückschläge. So kam es im März 2004 zu einem Zeitpunkt, als KFOR verfrüht reduziert wurde, zu mehrtägigen Unruhen, die sich vornehmlich gegen Kosovo-Serben und andere Minderheiten richteten. Nachdem Kosovo im Februar 2008 seine Unabhängigkeit erklärte, reagierten die Serben im Nord-Kosovo mit Aufständen.

Nach der Unabhängigkeit erhielt KFOR zusätzlich den Auftrag, den Aufbau der **Kosovo Security Forces (KSF)** zu beaufsichtigen. Diese leicht bewaffnete Freiwilligentruppe diene vornehmlich der Krisenreaktion und dem Zivilschutz. Ende 2018 beschloss das Parlament Kosovos, die Kompetenzen des KSF derart auszubauen, dass de facto eine Armee mit 5.000 Aktiven und 3.000 Reservisten entstehen wird. Das KSF-Ministerium wurde zum Verteidigungsministerium aufgewertet. Diese Entscheidung kritisierte selbst der NATO-Generalsekretär als schlecht getimt.

Inzwischen ist KFOR in der Sicherheitsarchitektur nur noch „**Third Responder**“. Die Erstverantwortung (*First Responder*) liegt bei der Polizei Kosovos, danach bei Polizeikräften der EU-Rechtstaatsmission EULEX (*Second Responder*). Nur wenn diese allein Notlagen nicht in den Griff bekommen, wird auf KFOR zurückgegriffen.

Aktuelle Lage

Seit einem Jahr haben die **Spannungen zwischen Serbien und Kosovo** zugenommen. Der EU-moderierte Dialog über einen „Grundlagenvertrag“, der die bilateralen Beziehungen umfassend, abschließend und rechtlich bindend regeln soll, war bereits vorher ins Stocken geraten. Nun brachten die beiden Staatspräsidenten, Aleksandar Vučić und Hashim Thaçi, einen **als „Grenzkorrektur“ verpackten Gebietstausch** in die Diskussion. Der kosovarische Premierminister Ramush Haradinaj ging auf Gegenkurs. Unter anderem erhob seine Regierung eine Einfuhrsteuer von 100% auf Importe aus Serbien (und Bosnien-Herzegowina). Der Premier erklärte, diese erst aufzuheben, wenn Kosovos Unabhängigkeit anerkannt wird. Vučić konterte, Kosovo niemals anzuerkennen. Thaçi fiel daraufhin in eine Rhetorik „großalbanischer“ Vereinigungsideen zurück. Und das Parlament in Prishtina initiierte eine Debatte über die als Genozid charakterisierten serbischen Verbrechen der 1990er Jahre im Kosovo.

Gleichzeitig wurde eine **sicherheitspolitische Drohkulisse** aufgebaut. Auf kosovarischer Seite ist die beschlossene Umwandlung des *Kosovo Security Forces* in eine Armee, obwohl langfristig legitim, zum jetzigen Zeitpunkt nicht vertrauensbildend. Größeren Anlass zur Sorge bereitet aber die erhebliche Aufrüstung Serbiens. Sie wird begleitet von Stellungnahmen, die Serbiens Stärke preisen und die Einsatzfähigkeit der Armee – auch gegen Kosovo – bekräftigen. Als die Regionale Bereitschaftspolizei Kosovos ROSU im Mai 2019 eine landesweite Razzia durchführte, die auch Kosovos Norden einschloss, ließ Präsident Vučić die serbische Armee in Alarmbereitschaft versetzen. Der Nord-Kosovo zeigt unterdessen weithin Züge eines rechtsfreien Raums, der von klandestinen Strukturen beherrscht wird.

Personalstärke und deutscher Beitrag

Die **Truppenstärke** der KFOR liegt aktuell bei 3.500, gestellt von 28 Ländern, darunter acht Nicht-NATO-Mitglieder. Gegenüber der ursprünglichen Stärke von rund 50.000 vor 20 Jahren ist dies ein deutlicher Rückgang. Größte Truppensteller sind die USA mit 660, Italien mit 540, Österreich mit 430 und Ungarn mit 380 Soldatinnen und Soldaten ([Stand: Mai 2019](#)). Oberbefehlshaber (COMKFOR) ist der italienische Generalmajor Lorenzo D'Addario.

Für die **Bundeswehr** ist KFOR der längste Einsatz ihrer Geschichte. Waren zu Beginn ca. 6.000 deutsche Soldaten im Kosovo stationiert, lag ihre Zahl im letzten Jahr bei durchschnittlich 70 Soldatinnen und Soldaten. Die vom Deutschen Bundestag mandatierte Obergrenze lag bei 800.

Der **Schwerpunkt des deutschen Engagements** liegt nicht mehr auf Eingreifkräften, sondern auf der Beratung zur Entwicklung der *Kosovo Security Forces*. Nachdem das deutsche Feldlager in Prizren Ende 2018 geschlossen wurde, ist das deutsche Kontingent im KFOR-Hauptquartier in Pristina stationiert.

Die **Mandatsverlängerung 2019** sieht vor, die Obergrenze auf 400 zu halbieren. Dies soll einerseits ein positives Zeichen im Sinne einer Normalisierung setzen, andererseits die Reaktionsfähigkeit bei einer Zunahme von Spannungen sicherstellen.

Fazit und Ausblick

Die Sicherheitslage im Kosovo wird gemeinhin als „**überwiegend ruhig und stabil**“ eingeschätzt. Doch so lange Serbien und Kosovo ihr Verhältnis nicht abschließend geklärt haben, birgt sie nach wie vor Eskalationspotential, insbesondere im Nord-Kosovo. Die Debatte über einen Gebietstausch hat zudem den international über Jahre gepflegten Erwartungen destabilisiert, dass die Grenzen final sind. Die Versuchung für ethno-nationalistische Politiker, durch Eskalationen in dieser Frage weitere Zugeständnisse zu erpressen, hat dadurch eher zugenommen.

Inzwischen schützt KFOR die regionale Stabilität in erster Linie symbolisch. Ihre Präsenz sendet das politische Signal, dass die gesamte NATO hinter dem Einsatz steht. Doch angesichts der erneuten Spannungen ist eine **robuste Rückversicherung** weiterhin unabdingbar. Einem Kalkül, die internationale Gemeinschaft sei konfliktmüde und nicht mehr bereit, die Stabilität auch militärisch abzusichern, ist entschlossen und sichtbar entgegenzutreten. KFOR wurde in den letzten Jahren stark abgeschmolzen. Die verbleibende Truppe muss weiterhin glaubwürdig demonstrieren, im Notfall einsatzbereit und -fähig zu sein. Deutschland fällt eine besondere Verantwortung zu, diese Fähigkeit zu sichern.

Angesichts der Ausgangslage 1999 ist KFOR ein **erfolgreicher Stabilisierungseinsatz**. Vor allem hat er den Raum für die politischen Prozesse zur Lösung des Konflikts geschaffen. Diese gilt es auch weiter abzusichern, damit sie zu einem Ende führen, das den Frieden nachhaltig sichert.